

FDS-newsletter vom 5.5.2013

DIE LINKE und Europa

Wie geht es weiter mit dem Euro? Wohin geht Europa? Rückwärts in die neunziger oder irgendwohin vorwärts? Oder geht es weiter abwärts – mit Merkels Austeritätspolitik, mit sozialem Elend, mit der Spirale nach unten? Oskar Lafontaine (<http://www.saarbruecker-zeitung.de/aufmacher/Oskar-Lafontaine-Berlin-Bundesregierung-Bundestag-Linke:art27856,4763578>) hat letzte Woche neue Dynamik die Debatte gebracht, nachdem sich bereits Fabio di Masi (<http://www.neues-deutschland.de/artikel/819588.wer-gewinnt-wer-verliert.html?sstr=fabio>) und Sahra Wagenknecht (<http://www.neues-deutschland.de/artikel/820218.linke-debattieren-ueber-alternative-fuer-deutschland.html>) als Reaktion auf die AfD geäußert hatten. Nicht nur für die LINKE, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Das Thema ist richtig, die Antwort ist falsch. Aus unterschiedlichen Sichten kommen verschiedene Verfasser in ihren Texten zu diesem Schluss. Wir dokumentieren in diesem Newsletter den Auftakt einer wichtigen Debatte.

Viel Freude beim Lesen wünschen Thomas und Achim

Dominic Heilig

Oskar Lafontaine soll einen Änderungsantrag stellen!

In der heutigen Ausgabe der Saarbrücker Zeitung plädiert der Vorsitzende der Linksfraktion im Saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, dafür, den Euro als Gemeinschaftswährung aufzugeben. Konkret zitiert wird er auf die Frage, ob DIE LINKE einen Anti-Euro-Wahlkampf betreiben wolle, mit den Worten: “Jetzt sollten wir zum früheren europäischen Währungssystem zurückkehren. [...] Neben dem EURO müssen dazu wieder nationale Währungen eingeführt werden.”

Nachdem bereits vor einer Woche Fabio de Masi diese Debatte im Onlinenangebot der Tageszeitung “neues deutschland” begonnen hatte, zog gestern die stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende, Sahra Wagenknecht, nach und stellte Überschneidungen in der EURO(pa)POLITIK zwischen rechtspopulistischer AfD und der Partei DIE LINKE fest. Nun folgt das nächste Interview zu diesem Thema. Ich finde die Art und Weise des Vorgehens unsäglich und habe einen Vorschlag:

Oskar Lafontaine soll sich dran machen und Änderungsanträge zum Wahlprogramm der LINKEN für die Bundestagswahlen schreiben und stellen.

Zum Beispiel zu diesem Satz aus dem Leitantrag des Parteivorstandes für ein Wahlprogramm:

“Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein. Ganz im Gegenteil, die Währungsunion muss vom Kopf auf die Füße gestellt und neu ausgerichtet werden, damit sie nicht die Spaltungen vertieft, sondern die Ungleichheiten überbrücken hilft und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert.” [Seite 53]

Anträge an den Parteivorstand, der dreimal über entsprechende Textentwürfe debattierte, stellte das saarländische Parteimitglied nicht. Auch Landtagsfraktion oder Landesverband nicht. Eine entsprechende Diskussionsanregung für die sieben (!) zum Programmwurf durchgeführten Regionalkonferenzen lag ebenfalls nicht vor. Nun aber

wird das ganze über die Presse ausgetragen, in einem Moment der solidarischen Ruhe in der Partei und der gemeinsamen Vorbereitung auf die kommenden politischen Auseinandersetzungen im Wahlkampf.

T. Falkner

Das Leben mit dem Euro neu organisieren

Sagen wir es mal positiv: Eines schafft Oskar Lafontaine immer noch - DIE LINKE in Bewegung zu bringen, in Aufruhr zu versetzen. Nachdem er zunächst seinen Verzicht auf eine Bundeskandidatur auch damit begründet hatte, dass man mit einer so kleinen Partei wie der unseren die großen Dinge, die getan werden müssen, nicht wird erreichen können, kehrte er nun frei und mit der ganzen Autorität des früheren Bundesfinanzministers in die Öffentlichkeit zurück und plädierte für die Abwicklung des Euro zugunsten von Parallelwährungen in einer Art EWS (in gewisser Nähe zur „Alternative für Deutschland“).

Was ist das unmittelbare Ergebnis? In der LINKEN selbst schlagen mehr Leute die Hände über dem Kopf zusammen als wohl kaum jemals zuvor angesichts der einer Provokationen und Sticheleien aus dem Saarland. „Lafontaine spaltet Linkspartei“, überschrieb die FAZ (3.5.2013) ihren Bericht. „Entscheidend für das Land aber ist“, räumt hingegen DIE ZEIT (2. 5. 2013) ein, „dass der Coup des Saarländers die Debatte über Europa in Deutschland verändern könnte. ... Wenn es künftig nicht mehr möglich ist, die Kritik an der gemeinsamen Währung als fixe Idee rechter Spinner abzutun, dürfte das Thema von der Tabuzone ins Zentrum des politischen Diskurses treten“.

In der Tat ist die große Frage die, ob in der jetzigen Situation das Links-Rechts-Schema hinreichend geeignet ist, sich als Partei DIE LINKE in dieser Auseinandersetzung zu behaupten.

Um es vorweg ganz deutlich zu sagen: Ich halte Lafontaines Vorstoß für falsch. Auch bei mir kamen sofort die Erinnerungen an seine rechtspopulistischen Grenzgängereien hoch. Auch mir ist nicht entgangen, dass sein Modell frappierende Ähnlichkeit mit dem Modell der AfD hat. Auch ich halte ihn für intelligent genug, dies bemerkt und also einkalkuliert zu haben.

Auch ich bin kein Freund der „Alternative für Deutschland“. Sie ist eine Partei der bürgerlichen Rechten. Dafür spricht ihre Positionierung entlang der Scheidelinie Nationalismus/Internationalismus (Kosmopolitismus) vor allem, aber auch bezüglich der Law-and-Order-Positionierung. Und die Antworten, die die AfD auf die Euro-Krise gibt, stehen in direktem Zusammenhang zu ihrem Platz jenseits dieser Scheidelinien. Dort balanciert sie auf dem schmalen Grat zwischen demokratischer Reputation und rechtspopulistischem Rabaukentum.

So weit, so einfach.

Was allerdings nicht mehr so einfach ist, das ist, die Suche nach Optionen für den Euro-Raum dann ganz unvermittelt in das Rechts-Links-Schema zu packen und durch Stigmatisierung oder Abgrenzung für sich zu lösen. Dazu ist die Frage - die Suche nach Alternativen für den Euro-Raum - noch zu neu. Sowohl die Fragestellung als auch die möglichen Antworten und die kulturellen und mentalen Zugänge dazu sind noch nicht wirklich geordnet und sedimentiert und erlauben schon von daher keine Selbstverständlichkeiten. Wenn man solche Automatismen der Bewertung kreiert, läuft man Gefahr, den ganzen Problembereich nicht nur dem politischen Gegner zu überlassen, sondern sich auch noch selbst jeder Deutung und Richtungsbestimmung zu berauben.

Ich will hier nur am Rande darauf verweisen, wie sensibel unsere eigene Wählerschaft auf die Angebote der AfD reagiert - wir müssen das ernst nehmen, nicht tabuisieren.

Diese Sensibilität ernst zu nehmen heißt, die Frage, die dahinter steht, ernst zu nehmen. Sie taugt nicht zum Vehikel für alte Antworten - weder für die die Euro-kritischen Professoren noch für unsere komplizierten Europa-Debatten.

Der Euro steckt in einer existenziellen Krise. Seine Zukunft ist offen. Die Folgen seines Scheiterns für Europa und die Welt sind absehbar dramatisch. Die aktuelle, von Deutschland (Merkel) dominierte Krisenbewältigungsstrategie hat in die Sackgasse geführt: Das stramme Austeritäts-Regime und der Versuch zur Einhegung der Krisenherde haben nicht zur Stabilisierung geführt, von der aus ein Aufbruch nach vorn möglich werden könnte. Stattdessen ist eine Abwärtsspirale eingeleitet worden, die ökonomisch, vor allem aber sozial einen Kurswechsel, einen auf längere Sicht konzipierten Strategiewechsel erforderlich macht. Und zwar jetzt. Jetzt - das heißt auch: Vor der Bundestagswahl, nicht erst danach.

Und noch einmal: Mit neuen, auf die neue Situation zugeschnittenen Antworten - nicht durch Wiederauflage der alten Gewissheiten. Schon gar nicht denen der einstigen Euro-Gegner. Was damals als Kritik vorgebracht wurde, mag sich als richtig erwiesen haben - ein Zurück zum Zustand vor der Euro-Einführung aber wird nicht machbar sein. Und das schon aus ganz lebenspraktischen Gründen. Man erinnere sich selbst oder befrage die Älteren nach der DDR-Erfahrung mit der D-Mark als faktischer Parallelwährung - und das unter den Bedingungen von Mauer und Nicht-Konvertibilität. Kaum waren die Mauern auch nur porös, dominierte die stärkere Währung endgültig. Wem das Beispiel zu einfach ist, der lese den SPIEGEL von der letzten Woche (Nr. 14/2013) oder steige an sonst einer beliebigen Stelle in den ökonomischen Diskurs außerhalb der AfD-Zusammenhänge ein.

Wenn ich von neuen Antworten statt unreflektierten alten Gewissheiten spreche, dann meine ich auf unserer Seite nicht in jedem Fall ganz andere Antworten.

In einem Fall allerdings schon: Man wird den Euro nicht auf gutem Wege abschaffen können. Wenn das so ist, wird er die einheitliche Währung eines zunehmend uneinheitlichen Wirtschafts- und Sozialraumes bleiben. Das allerdings hat zur Folge, das man die Gewinne und die Verluste aus dieser Tatsache nicht dauernd geografisch trennen kann. Alle sind dann für alles verantwortlich.

Grundsätzlich bedeutet das den Schritt zur Wirtschafts- und Sozialunion - und das zügig. Damit wäre das klassische linke Thema der Sozialunion aufgerufen und in die Tagespolitik eingeführt.

Ökonomisch und finanzpolitisch bedeutet das den Übergang zur Transferunion. Eurobonds dürften dann das adäquate Mittel sein - was eigentlich auch jeder weiß. Nur: Es muss jetzt auf die Tagesordnung, jetzt muss die Entscheidung angeschoben werden - nicht erst nach der Bundestagswahl.

Politisch bedeutet das den Schritt zur Politischen Union - und zwar auch institutionell und strukturell. Diese Union muss dann mehr sein als ein Bündnis der Regierungen demokratischer Staaten mit eigener Administration- sie braucht eigene demokratische Strukturen, Institutionen und Legitimierungsprozesse, die mit den nationalstaatlichen verwoben werden. Auch dazu gibt es mittlerweile eine breite Debatte; viele denkbare Antworten liegen auf dem Tisch. Auch linke. Und vor allem linke, die in ihrer Grundsubstanz mittlerweile weit über das eigene Lager hinweg aufgegriffen und weiter verarbeitet werden.

Schließlich noch eine Komponente, die uns Linken besonders gefallen müsste: Beim Weg aus der Krise heraus steht tatsächlich so etwas wie eine Systemfrage. Nicht nur über die Sozialunion. Nicht nur über die notwendige Regulierung und Umgestaltung des Bankensystems. Ich ziele auf das ganze System der Geldschöpfung. Wenn der Geldschöpfung, dem Geldsystem, nicht mehr Gold und nicht mehr das BIP, sondern vor allem das Vertrauen der Akteure untereinander zugrundeliegen, wenn aber genau dieses Vertrauenskapital jetzt ernsthaft gestört, vielleicht sogar zerstört ist, dann brauchen wir ein neu begründetes Geldsystem. Auch hier wird es ein Zurück zum Gold nicht geben können. Was nötig ist, ist ein neues, ein anderes Verständnis von Geld - von Geld als einer öffentlichen Ressource, die dann auch öffentlich und transparent gestaltet und gepflegt werden muss. Für die es keine unbegrenzte Möglichkeit der privaten Geldschöpfung (Giralgeld) mehr geben kann. Für die gestärkte Zentralbanken notwendig sein werden - mit einer neu definierten und kontrollierten Unabhängigkeit. So wird die Sache rund. Und links.

Letztens: Der Übergang zu diesem neuen System muss verbunden sein mit einer gesellschaftsverträglichen Ableitung des enormen virtuellen Geldüberhangs aus der Zeit des ungebremsen Finanzkapitalismus. Man wird den Risiken eines solchen Schrittes nicht ewig ausweichen können, indem man Banken und Fonds weiter ihr Ding machen lässt, sofern sie den Kreislauf nur irgendwo über unserer Welt in sich am Rotieren halten. Man wird es auch nicht so lösen können, wie in Zypern angedacht. Geldvernichtung wird sich nicht vermeiden lassen, aber ein relevanter Teil dieses Geldes kann und muss aus dem überhitzten Kreislauf in realwirtschaftliche Investitionen abgeleitet werden. Das bietet denn auch eine Chance für Wachstumsprogramme und ein Ende der Austerität. Dafür wird es aber mutigere Schritte brauchen als nur eine Vermögenssteuer. Und es wird dafür eine gut aufgestellte Linke brauchen.

Aus all dem dürfte deutlich werden, warum ich von Lafontaines "Lösung" reinweg gar nichts halte. Es dürfte auch deutlich werden, dass ich die bisherige Politik von Frau Merkel - auch in Gestalt des suchenden Tastens und der kleinen Schritte, des Zeitkaufens - für erledigt halte.

Und dass mein Plädoyer dahin geht, die AfD nicht zu stigmatisieren, sondern mit klugen, strategisch ausgerichteten Antworten dafür zu sorgen, dass nicht nur wir, sondern auch die Menschen im Lande sie links (!) liegen lassen.

Harald Pätzolt

Mehr Europa, weniger Europa?

Analytisch sehe ich eine doppelte Konfliktlinie. Einmal zwischen dem hegemonialen, neoliberalen Europaprojekt, das ich als das rechte Projekt bezeichnen will und dem linken programmatischen Projekt für Europa. Beide Projekte haben einen grundlegenden Unterschied und eine ebenso grundlegende Gemeinsamkeit. Der Unterschied besteht entlang der alten Konfliktlinie Markt – Staat. Die Gemeinsamkeit besteht im erstrebten „Mehr Europa“.

Das rechte, aktuelle Projekt will eine Homogenisierung der Gesellschaften als marktförmige, das linke Projekt will eine Homogenisierung der Gesellschaften als staatsförmige. Ich glaube, so kann man das ausdrücken. Das rechte Projekt will wie das linke die Ungleichheiten kontrollieren und in den Griff kriegen, allerdings will das linke Projekt das egalitärer, das rechte elitärer.

Beide Projekte wollen die politische Union, weisen dem Staat freilich unterschiedlichen Rang zu. Beide Projekte wollen die Wirtschaftsunion und die Sozialunion, interpretieren das jeweils, entsprechend des jeweiligen Fixpunktes Markt oder Staat, anders. Die Währungsunion und also der Euro ist dabei für beide Projekte alternativlos.

Um den zweiten Konflikt, der sich der Rechts-Links-Verortung entzieht, zu erkennen, bedarf es der Annahme, dass die rechte Strategie scheitern wird und die linke Strategie vollkommen chancenlos sein dürfte. Diese Annahme begründet den aktuellen Streit innerhalb der Linken wie der Rechten. Wie das? Die Annahme des Scheiterns der aktuellen Krisenbewältigungspolitik und damit des Ganzen führt einigermaßen folgerichtig zur Frage, ob denn ein geordneter Rückbau für Europa nicht die weniger riskante (wirtschaftlich, machtpolitisch, kulturell aus der Sicht der Eliten) Strategie sein könnte. „Weniger Europa“ ist der Code dafür. Diese Strategie ist breit aufgefächert auf der bürgerlichen Seite, das geht von rechtsextremen nationalistischen Varianten über konservative bis zu liberalen. Das begründet des aktuellen Sammlungscharakter der Bewegung.

Warum sollte diese Option uns als Linke etwas angehen, könnte man fragen. Nun, es ginge uns etwas an, wenn wir ebenfalls die linke Option als politisch unrealistisch bewerten würden. Genau das hat OL ja getan. Dann wäre „Weniger Europa“ aber praktisch mehr Europa als im Falle des Crashes von Europa übrig bliebe. Soviel funktionierende Demokratie auf allen Ebenen noch da ist, jetzt, vor dem Crash, retten; Ungleichheiten nicht weiter wachsen lassen; Heterogenitäten bewahren und produktiv machen, gegen die Standortlogik der letzten 20 Jahre, Zeit und Handlungsfreiheiten für viel mehr soziale Subjekte zurückgewinnen – das wären so in etwa die linken Bestimmungen des „Weniger Europa“. Der Umbau des Währungssystems bevor es zusammenfällt scheint aus dieser Perspektive fast eine evidente Sache zu sein.

Innerhalb der Linken ist es in letzter Instanz der Blick in den Abgrund, den einige tun, andre nicht, der die politische Entscheidung bestimmt. Ich registriere auch die diffuse Hoffnung, es könnte eine dritte Variante geben, mit Rotgrün etwa in Deutschland: Wird schon nicht so schlimm werden, warum denn vom Worst Case ausgehen und damit politisch alles riskieren? Am Ende als Defaitisten und Looser dastehen?

Wie gesagt, ich mag das alles gar nicht politisch bewerten und weiß nicht, was davon anzunehmen ist. Versuche nur die Struktur der Auseinandersetzung, der Fraktionierung der Herrschenden und der linken Reaktionen darauf zu beschreiben.

In der Krise das linke Denken aus dem Käfig des Ökonomismus befreien

Das Wichtigste und Weiterführende an dem Beitrag von Harald Pätzolt scheint mir zu sein, dass er die Sache vom jeweils erwarteten Ende her betrachtet und daher zu einem Verständnis der Lafontaine'schen Intervention kommt, welches jenseits der Interpretation auf der Folie "beleidigte Leberwurst" liegt. Natürlich bleibt der Punkt: "Warum jetzt und warum so?", der allen Sekundärtugenden Hohn spricht, deren Gültigkeit er unter seiner Ägide vehement einfordern ließ.

Jedoch: Seine erste Einlassung war, er kandidiere nicht wieder, weil eine andere europäische Finanzordnung angesichts der politischen Verhältnisse in Europa nicht durchsetzbar sei. Das klingt nach Ankommen in der Wirklichkeit, dass nämlich die Ordnung der europäischen Volkswirtschaften nach deutschen Prinzipien sich weiter erhalten, aber womöglich allmählich modifizieren wird - siehe z.B. die Niedrigzinspolitik der EZB. Wenn diese Ordnung aber stabil bleibt, bleibt den abhängigen Volkswirtschaften als Ausgleichsmechanismus nur die innere Abwertung, also der Angriff auf Löhne und Sozialeigentum. Der Mechanismus der äußeren Abwertung, der vor dem Euro noch gewisse nationale Ausgleichsmaßnahmen ermöglichte, kann nicht mehr angewendet werden. Dahin will Lafontaine zurück, insofern ist sein Vorstoß auch reaktionär zu nennen. Seine "historische Wahrheit" hat er aber darin, dass es die eigentlich notwendige europäische Gegenbewegung, also die politische Homogenisierung auf der Seite der Arbeit gegen das Kapital, nicht gibt, sondern lediglich nationalstaatliche Rahmungen der Gegenbewegungen.

Interessant ist, dass Lafontaine den bereits 2008/2009 von Flassbeck ins Spiel gebrachten Gedanken zur Schaffung eines "Süd-Euro" nicht weiterverfolgt.

Auf der Ebene der ökonomischen Auseinandersetzungen bzw. der Übersetzung der sozialen und politischen Verhältnisse in ökonomische Modelle ist dem Lafontaine'schen Vorstoß kaum mit der Frage mehr oder weniger Europa usw. beizukommen.

Aber ist diese Begrenzung auf das Ökonomische nicht gerade das, was Linke als zentralen Punkt gegen ihn einzuwenden hätten? Also gegen die Reduktion menschlicher Lebensäußerungen, Bedürfnisse, Wünsche, Werte usw. auf ökonomische Größen, Parameter, Signale in "Modellen"? Trifft Lafontaine die Befindlichkeit in der Linken nicht gerat deshalb so stark, weil im Zweifelsfall hier das Soziale auch nur in keynesianischen Modellen gedacht werden kann, etwa wenn argumentiert wird, dass Arbeitslosigkeit und Armut der weitere Produktion von Reichtum selbst schaden, weil sie die Binnennachfrage schwächen, den sozialen Frieden gefährden usw.usf.?

Wäre es anders, so wäre die Frage an Lafontaines Vorstoß doch, bringt er uns voran in Sachen Emanzipation, dem großen linken Projekt?

Da folge ich Harald nicht, weil die Anwendung des Cleavage "Markt-Staat" uns nicht weiter hilft. Ich finde es spannend, dass ehemalige Rot-Grün-Berater (aus deren Gründerzeit 1998/99) nunmehr die Alternative "Kapitalismus oder Demokratie" bearbeiten und - so Wolfgang Streeck in seinem jüngsten Buch („Gekaufte Zeit/Suhrkamp 2013, s.a. DIE ZEIT Nr. 11, 7.3.2013) gegen alle (!) ökonomischen Vorschläge zunächst die Frage aufwerfen: Was bedeutet das für die Demokratie, die Rechte von Bürgern, Arbeitnehmerinnen usw., also die "bürgerliche" Freiheit gegenüber der Ökonomie, den

Primat der Demokratie ins Spiel bringen und von dort aus eine Position sowohl zur Staatsverschuldung als auch zur Austeritätspolitik entwickeln können. Und das wäre doch, Euro hin oder her, das, was die kleine und eher machtlose Linke gegenwärtig einzubringen hätte: die Frage, warum Politik für das "Vertrauen der Märkte" gemacht wird, nicht für das "Vertrauen der Bürger", und dass diese "Märkte" auch nichts anderes sind als die Spekulationsstrategien einer globalen Klasse von Kapitalanlegern, deren Aspirationen durch "Signale" angeregt werden, die, zeitigen sie erhofft wirken, flugs ratifiziert werden müssen. Linke könnten weniger vom Euro, sondern mehr von Demokratie, Volksentscheiden usw. sprechen. Diese Position ist unsere doch unabhängig vom Ausgang der "Euro-Krise" und an Lafontaine wäre vor allem zu kritisieren, dass er die Linke weiter im Käfig ökonomischen Denkens einschließt, wo doch ihre historische Berechtigung gerade darin besteht, die Ökonomie unter menschliche Zwecke zu stellen (trotz realer Erfahrungen mit sozialistischen Modellen).

Für sozialistische Realpolitik und ein fortschrittliches Europa-Bild

Eine heftige Debatte hat begonnen, seit Oskar Lafontaine sich zum Euro zu Wort gemeldet hat. Heftig ist die Debatte aber deswegen, weil es sich nicht nur europapolitisch und/oder ökonomisch diskutieren lässt, sondern weil sie sich – wie andere Debatten in der Partei auch (vgl. Ostdeutschland) – mitten in der diffusen Gemengelage des anhaltenden Parteibildungsprozesses und damit der Folie von strömungs- und flügelpolitischen Auseinandersetzungen abspielt. Darin besteht eine reale Gefahr für die Performance der Partei in den kommenden Monaten bis zur Bundestagswahl und Perspektive bis zur Europawahl.

Stefan Reinecke von der taz hat das ziemlich treffend kommentiert. In der Draufsicht eines Kenners der Materie, der zugleich nicht in sie verstrickt ist, heißt es dann: „Wer sich nicht so sehr für fiskalpolitische Debatten interessiert, wird indes nur den groben Slogan hören: Zurück zur D-Mark. Es wird Lafontaine, den Strategen, interessieren, wie laut dieses Echo ist. Lafontaine ist im Westen eine Schlüsselfigur der Linkspartei. So ergibt sich ein hübsches Szenario: Die gesamte Parteiführung beteuert, dass sie den Euro will, während Lafontaine im Wahlkampf für die Rückkehr zu D-Mark trommelt. Was will die Linkspartei? Populistisch sein oder linkssozialdemokratische Realpolitik machen? Lafontaines Vorstoß ist das Lackmus-Papier in diesem Experiment.“ (1.5.2013; Stefan Reinecke, Nur doppelte Botschaften, taz)

Darin besteht jenseits der Inhalte die zentrale innerparteiliche Konfliktlinie; wobei mir mal der Begriff sozialistischer Realpolitik zugestanden sei. Populistisches Agieren jedenfalls hat wenig mit der Entwicklung von Substanz zu tun. Man wendet sich zu schnell... Manchmal so schnell, dass gar nicht mehr deutlich wird, wo man eigentlich steht. Benjamin hat darauf – wie ich finde, richtig und notwendig - deutlich hingewiesen.

Diese gesamte Debatte lässt außerdem deutlich werden, wie wenig es der LINKEN (vor dem Hintergrund der inneren Konflikte) bislang gelungen ist, tatsächlich notwendige Kritik an den bestehenden Strukturen der EU und den falschen Maßnahmen zur Krisenbewältigung / Eurorettung mit einem fortschrittlichen Europabild zu koppeln, das auch kommunizierbar ist.

Also eine substantiell fundierte – verzeiht den Widerspruch – Vision.

Jetzt hat Oskar Lafontaine mit den bekannten Aussagen eine Abkehr von der bisherigen linken Krisenlösungserzählung vollzogen. Jetzt heißt es sinngemäß bei O.L., dass (zur Krisenbewältigung) zwingend ein flexibles europäisches Währungssystem gebraucht würde, in dem Auf- bzw. Abwertungen möglich sein müssen. Das funktioniert nur außerhalb des Euro, also mit nationalen Währungen.

Was aber kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern an als medial zu vermittelnder Slogan? Ein simples: Raus aus dem Euro – zurück zur D-Mark.

Wenn ich meinem (jüngeren) Bruder sagte, DIE LINKE sei gegen den Euro, würde er verstehen, DIE LINKE ist gegen die europäische Einigung. Mit solchen Anachronismen gewinnt man kurzfristig vielleicht sogar Stimmen, mittel- und langfristig jedoch keine Herzen.

Ich denke, bei der Entwicklung einer substantiell fundierten Vision gehen wir mit den struktur- und regionalpolitischen Überlegungen, den Initiativen zum sozial-ökologischen

Umbau etc. ganz entscheidende Schritte hin auch zu einem solchen Europabild. Diese Dimension ist darin angelegt.

Das Spannungsfeld zwischen Analyse, der Entwicklung machbarer Alternativen und einer fortschrittlichen Vision von Europa mit Leben zu füllen, ist doch eine schöne Aufgabe für sozialistische Realpolitik. Daran sollten wir möglichst unaufgeregt weiterarbeiten.

The only nation we believe in is imagination

Mit überzeugenden Argumenten gewinnt man Wahlen, nicht mit taktischem Populismus

Seit wenigen Wochen gibt es nun, was politische Analysten schon länger prophezeien: Eine deutsch-nationale ultramarktliberale Partei. Die sogenannte "Alternative für Deutschland" (AfD) will das Vakuum füllen, das sich am rechten Rand von CDU und FDP in den letzten Jahren gebildet hat. Dabei ist das postulierte Anti-Eurorettungs-Image nur eine von vielen Facetten der neuen Rechten. Interessanter- und erschreckender Weise wird die Partei häufig auf diese Position reduziert. Deswegen verwundert es auch nicht, dass in einer Umfrage das Potential dieser neuen Partei sich wesentlich aus WählerInnen der FDP und der LINKEN zusammensetzen soll. Auch in der LINKEN (und folglich ihrer Wählerschaft) gibt es ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu Euro, europäischer Integration und Europäischen Union (EU). Nicht selten wird diese pauschal als imperialistisches Gebilde und der Euro als Teuro bezeichnet. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Stimmen laut würden, wir müssten dann jetzt auch endlich über Sinn und Unsinn des Euro und implizit damit die europäische Integration und deren Institution die EU als solches diskutieren.

Damit wird auf ein Wählerspektrum geschickt, welches sich als Verlierer eines Prozesses sieht oder dies tatsächlich ist und die Ansicht vertritt, mit der Rückkehr zur D-Mark, einem abgeschlossenen Arbeitsmarkt, weniger "Diktaten" aus Brüssel und weniger Steuergeld für die faulen Griechen wäre die Welt wieder heile und alles würde gut.

Diese Ansichten sind unmittelbare Folgen der Politik der Bundesregierungen seit 2002, insbesondere aber der merkelschen Krisenpolitik. Damit muss sich die LINKE tatsächlich auseinandersetzen. Aber gerade nicht so, wie Fabio de Masi dies an dieser Stelle in seinem Artikel skizzierte. Denn die dort vertretenen Auffassungen sind in der Konsequenz irreführend und gefährlich. Dies betrifft sowohl die ökonomischen Annahmen wie die politischen.

Eine Krise der Konstruktion der EU, nicht des Euro

Zunächst muss man festhalten, das die Krise keine Währungskrise, keine Krise des Euro ist. Die Krise des Euro wird immer dann heraufbeschworen, wenn Kerneuropa die Folgen der desaströsen Politik in der Finanzkrise nicht mehr tragen will und dies lieber den Menschen in den Krisenstaaten aufbürden will. Vielmehr handelt es sich um eine Krise der Konstruktion der Europäischen Union, eine Krise mangelnder respektive nur teilweiser Integration. Ein Pfeiler dieser Konstruktion ist die gemeinsame Währung, die anderen sind die vier Binnenmark-Freiheiten. Diese zusammen bilden den Identitätskern der EU, und sind gleichzeitig ihr Problem. Denn eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne entsprechende Ausgleichsmechanismen für wirtschaftliche Ungleichgewichte führt zwangsläufig in Krisen, wie wir sie derzeit erleben. Auslöser dieser Krise sind sie dennoch nicht.

Auslöser war eine Krise der Kapitalakkumulation und folglich der Banken, wie De Masi richtig feststellt. Welche mit massiven Kapital-Stützungen der Mitgliedstaaten gerettet wurden, wobei mindestens grob fahrlässiger Weise darauf verzichtet wurde, diese Stützungen mit Mitsprache-Rechten bei Unternehmensentscheidungen qua Eigentum zu

verbinden, zu grosse - systemrelevante - Banken zu zerschlagen und Profiteure der Krise entsprechend zur Kasse zu bitten. Eben deshalb hat die LINKE die Rettung der Banken abgelehnt, und nicht weil sie eine Anti-Euro-Rettungs-Partei ist. Aber das hier nur am Rande.

Der Krise der Banken folgte auf dem Fuße eine Krise der Staatsfinanzen, schließlich und absurder Weise mussten sich die Staaten das Geld für die Rettung der Banken leihen. Von den Banken, und zu immer horrenderen Zinsen, weil mit stetig steigender Kreditaufnahme für die Banken-Rettung die Bonität der Staaten ebenso stetig niedriger bewertet wurde. Schliesslich musste ein Staat nach dem anderen unter sogenannte Rettungsschirme schlüpfen, also sich Geld von den anderen Mitgliedsstaaten und dem Internationalen Währungsfond (IWF) leihen, um überhaupt noch die Verbindlichkeiten an den Finanzmärkten begleichen zu können. Nicht "die Euro-Zone" wird mit Misstrauen der Finanzmärkte bestraft, sondern jene Mitgliedstaaten, denen man vorher soviel Geld zur Rettung ihrer Bankinstitute abgeknöpft hatte, dass sie die Schulden nun nicht mehr aus eigener Kraft bezahlen konnten. Weil die Bundesregierung diesem Mechanismus keinen Riegel vorgeschoben sondern vielmehr die Staaten sehenden Auges in die Schuldenfalle trieb, deshalb hat die LINKE auch die Rettungspakete abgelehnt. Weil mit diesen nicht die Staaten oder Menschen in den Krisenländern gerettet wurden sondern KapitaleignerInnen und SpekulantInnen.

Und richtig, diese Bundesregierung setzt auf die Krise und nutzt sie zum eigenen, nationalistischen Vorteil. Aber nicht für mehr Europa, sondern um die eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen durchzusetzen in einem Staatenbund, der gegenseitige Solidarität verlangen würde. Merkel wertet mit jedem Rettungspaket in den entsprechenden Mitgliedstaaten durch Schleifung des Sozialstaates, der Löhne und Renten intern ab und vollzieht so die vorangegangene eigene interne Abwertung durch Lohn- und Sozialdumping in Deutschland nach. Dazu forciert sie nicht nur in den Krisenstaaten, sondern unmittelbar über den Fiskalpakt und mittelbar über die "Six-Pack" genannten Vorschläge der Kommission zur "Economic Governance", also nichts anderes als Europäische Schulden-Bremsen, in allen Mitgliedstaaten Strukturreformen nach neoliberalen Vorbild: Renten kürzen, Lebensarbeitszeit verlängern, Sozialstaat auf ein Minimum reduzieren usw. usf.

Alles was (vor allem linke) MakroökonomInnen immer gefordert haben - Bailout, Transferunion, Stützung durch die Zentralbank - und was notwendig war, um die EU als solche zu erhalten, wurde von Merkel und den EU Spitzen letztlich nachvollzogen, nur eben immer erst im letzten Moment und zu "deutschen" Konditionen. Denn erst im Anblick grösster Not, der Zahlungsunfähigkeit, waren die Vertreter der jeweiligen Krisenstaaten bereit, die deutschen Austeritäts-Bedingungen zu akzeptieren. Die in bisher allen Ländern folgende Rezession war dabei sehr wohl einkalkuliert. Nicht umsonst war Rösler vor zwei Jahren, begleitet von etlichen deutschen Wirtschaftsgrößen, in Griechenland auf Einkaufstour. Die Aberbillionen vagabundierendes Kapital brauchen neue Investitionsmöglichkeiten, und das so günstig wie möglich. Und die schwarz-gelbe Regierung vollstreckt im Auftrag der KapitaleignerInnen eine Neuordnung der europäischen Wirtschaft.

Auswege - und solche, die keine sind

Die Krise wird in fast allen Mitgliedstaaten als eine Verteilungskrise wahrgenommen. Jene, die noch etwas besitzen, verteidigen dies gegen jene, die schon alles verloren ha-

ben. Jene, die bis dato profitiert haben weigern sich, nun solidarisch jenen zu helfen, die dadurch an den Rand gedrängt wurden. Die EU verliert massiv das Vertrauen der Menschen, weil sie nicht in der Lage oder besser Willens ist, diese Verteilungskrise zu meistern. Einige meinen nun, der Weg in die Kleinstaaterei der Währungen wäre der einfachste Weg, die Krise zu beenden. Und das ist tatsächlich naiv. Denn auch nach einer Währungsumstellung bliebe die Union die Union. Und somit die moralische Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, die anderen nicht im Regen stehen zu lassen. Die Schulden blieben, Staaten wären auf Jahrzehnte von internationalen Märkten abgeschnitten, die schlechte Wirtschaftsleistung der Krisenstaaten bliebe auch. Zumindest für eine ziemliche Weile, Experten prognostizieren für diesen Fall mehrere Dekaden bis zu einer spürbaren Erholung. Kerneuropa würde sich radikal verändern, müsste nämlich durch die kräftige und plötzliche Aufwertung insbesondere in Deutschland massive Einbrüche in ihrer großteils exportorientierten Wirtschaft und entsprechende Arbeitsplatzverluste hinnehmen.

Die EU wäre damit am Ende, denn mit Euro und Binnenmarkt verschwände auch das letzte, dem die Menschen in der EU noch irgend etwas positives abgewinnen können. Dann folgt der Kleinstaaterei der Währungen mit nur wenig Abstand eben auch wieder die europäische Kleinstaaterei mit all ihren hässlichen Nebenwirkungen. Die ersten Ausblicke in diese Zukunft sind in Ungarn mit Fidesz und Jobbik oder auch in Griechenland mit der Goldenen Morgenröte noch aus sicherer Entfernung zu betrachten.

Insofern ist interessant, was De Masi als "im Prinzip" einzige Lösungen für die "Euro-Krise" genannte Krise der EU sieht: Rettungspakete für Banken und Vermögende, interne Abwertung (also Lohnkürzungen und Sozialabbau) in den Defizit-Staaten und/oder Aufwertung (höhere Löhne und Investitionen) in Deutschland. Diese Liste scheint in dieser Form entweder polemisch verkürzt oder ökonomisch einigermaßen unbedarft. Natürlich gäbe es noch einige weitere Stellschrauben, mit denen diese EU sich selbst an den Haaren aus dem Dreck ziehen könnte.

Zu nennen wäre u.a. eine etwas andere, 'linke' Transferunion, bestehend aus einem Policy-Mix aus Handelsbilanz-Überschussabführung aus Gewinnen und Vermögen an die EU und davon finanzierte Investitionslenkung in entsprechende Defizitstaaten nach sozialen und ökologisch-ökonomisch nachhaltigen Kriterien. Auch ein bisher am Widerstand der Konservativen im Parlament und einiger, vor allem betroffener Mitgliedstaaten gescheiterter einfacher Ausgleichsmechanismus via Strafzahlungen für Handelsbilanzüberschüsse wäre ein vergleichsweise niedrigschwelliger Ansatz, gewisser Ungleichgewichte Herr zu werden. Nämlich die dringend notwendige interne Aufwertung Deutschlands über Löhne und Sozialeinkommen hinzu, wäre man schon ein gutes Stück weiter bei der Begrenzung wirtschaftlicher Ungleichgewichte. Und würde den Krisenländern eine Perspektive auf wirtschaftliche Erholung bieten. Strikte Bankenregulierung, Investitionsprogramme (siehe Marshall-Plan des DGB oder die Vorschläge der Arbeitsgruppe Euromemo) und eine neu sortierte politische Steuerung (eine echte Wirtschaftsregierung) der EU wären Bausteine einer anderen, besseren EU, die tatsächlich von europäischen Interessen geleitet und nicht von nationalstaatlichen - hier in der Regel reich gegen arm - in den Ruin getrieben wird.

De Masi meint allerdings, diese Herangehensweise scheitere an politischen Realitäten. Das ist so richtig wie trivial: solange es keine Mehrheiten wahlweise links der Mitte oder für die sozialistische Revolution gibt, scheitert vieles an politischen Realitäten. Ob die Konsequenz daraus allerdings sein sollte, alles den Bach runtergehen zu lassen und

sich wieder in seinem nationalen Vorgarten mit dem Kapitalismus auseinandersetzen zu wollen darf bezweifelt werden.

Keine Alternative für Deutschland

Besser wäre allemal, eine durchargumentierte und in sich schlüssige Alternative, eine Erzählung eines anderen Europa auch wirklich anbieten zu können. An dieser Stelle bleibt auch in der LINKEN noch einiges zu tun. Nur muss die LINKE sich nicht künstlich von der sogenannten "Alternative für Deutschland" abgrenzen. Die LINKE ist keine "Alternative für Deutschland" und will das auch nicht sein. Die LINKE ist eine Alternative für Menschen - in Deutschland und Europa - für die Verteilungsgerechtigkeit, ein funktionierender Sozialstaat und bürgerliche Freiheitsrechte einen sich bedingenden Dreiklang bedeuten. In dieser Funktion grenzt sie sich automatisch von der AfD ab. Es ist darüber hinaus Aufgabe der LINKEN, die AfD als das zu demaskieren, was sie ist: ein rechtskonservatives ultramarktliberales Sammelbecken für Deutschnationalen, Marktradikale und D-Mark-Nostalgiker. Eine Partei, für die der Staat der Feind und der Markt ein selbstregulierendes System ohne Fehler ist. Eine Partei, die mit der Opposition gegen die sogenannte Euro-Rettung auf eine gefühlte Ungerechtigkeit spekuliert und damit auf Bauernfang geht.

Die Wähler in Europa sind zu recht verunsichert, ob diese EU noch das ist, was sie mit ihr verbinden oder mal verbunden haben, das, was einmal die grosse Erzählung der europäischen Integration zum Wohle aller war. Ein Europa in sozialer Sicherheit und grenzenloser Freiheit war ihnen versprochen worden. Die LINKE sollte die Partei sein, die dieses Versprechen einfordert. Denn: Die LINKE ist und bleibt eine europäische, eine internationalistische Partei, die die Vorteile der EU zu würdigen weiss und gerade deswegen nicht müde wird, die Problemzonen zu benennen und zu kritisieren. Sie braucht nicht in Sack und Asche zu gehen, weil die konkurrierenden Parteien ihre Positionen übernehmen. Darauf kann sie allemal stolz sein. Zeigt es doch, dass die LINKE die Bedürfnisse der Menschen offensichtlich am besten artikuliert.

Nachsetzen und nicht nachlassen

Das ist die Stärke der LINKEN, Dinge beim Namen zu nennen, Fragen zuzulassen und verletztem Gerechtigkeitsempfinden eine Stimme zu geben. Darin sollte sie nicht nachlassen. Weder bei Mindestlöhnen noch bei gerechter Besteuerung von Reichtum noch bei der Forderung nach einem schönen Leben überhaupt.

Die AfD wird früher oder später in der parteipolitischen Realität angekommen sein, sich den kritischen Fragen der Medien und WählerInnen stellen müssen und sich am Ende als rechter Rand von CDU und FDP wiederfinden. Insbesondere diese Parteien fürchten diese Realität.

Die LINKE sollte dafür sorgen, dass die Menschen diesen Bauernfängern nicht auf den Leim gehen und ihre Positionen weiter überzeugend und vor allem überzeugt vermitteln. Dazu ist der Entwurf des Wahlprogramms eine gute Diskussionsgrundlage, ein Bekenntnis zu Euro, Europa und einer anderen, besseren EU zwingend erforderlich. Denn damit grenzt die LINKE sich tatsächlich von anderen ab.

Man sollte die Wähler nicht unterschätzen, sie wissen am Ende, wer ihnen nur nach dem Munde redet und wer seine Position aus Überzeugung vorträgt. Und mit letzterem

wird die LINKE identifiziert, das nach dem Munde reden sollten wir getrost anderen überlassen.

Dieser Artikel erschien als Debattenbeitrag unter dem Titel "Eine Alternative für Menschen - nicht für Deutschland" auf ND-online als Antwort auf einen Beitrag von Fabio De Masi unter dem Titel "Wer gewinnt, wer verliert". Eine weitere Replik von Fabio auf meine Kritik gibt es übrigens auch, und zwar unter dem Titel "Altes Credo, guter Ansatz: Euro - so nicht".

Mit einem Interview bei n-tv hat Sahra Wagenknecht heftige Kritik aus der LINKEN provoziert, in dem sie die LINKE zumindest missverständlich in die Nähe der AfD gerückt hat und der Partei AfD zumindest missverständlich zunächst einen indifferenten Status attestiert, bei der man erst noch sehen müsse, wohin sie sich entwickelt. Diese Kritik hat unter anderem Dominic Heilig aus dem Parteivorstand (PV) geäußert, der in seinem Blog klar titelt: "Keine Überschneidungen mit Rechtspopulisten in Europafragen". Auch Halina Wawzyniak, ebenfalls Mitglied des PV und Berliner Bundestagsabgeordnete, geht indirekt auf das gegebene Interview ein und meint in ihrem Blog: "Rechtspopulisten. Im besten Fall und freundlich ausgedrückt. Das ist die AfD. Nichts, aber auch nichts verbindet mich mit ihr. Programm und Personal sprechen eine eigene Sprache. Eine Widerliche." Steffen Bockhahn, MdB der LINKEN aus Rostock, meint in diesem Zusammenhang: "Sahra Wagenknecht behauptet in einem Interview mit n-tv vom heutigen Tag, es bestehe eine große Zahl an Überschneidungen bei den Positionen der LINKEN mit denen der AfD. Auch hätte diese Gruppierung mit vielem Recht. Dem widerspreche ich als Mitglied der LINKEN und als überzeugter Europäer ganz entschieden." Es ist gut und richtig, dass Thesen wie die von Sahra Wagenknecht in der LINKEN nicht unwidersprochen bleiben.